

Bern

Politzentrum als Wirtschaftsfaktor

Die Hauptstadtregion will die Politdrehscheibe Bern wirtschaftlich besser nutzen. Sie liess dafür untersuchen, wie andere Hauptstädte dies tun. Noch fehlt aber eine konkrete Strategie.

Simon Thönen

Ihr erstes Ziel hat die Hauptstadtregion Schweiz bereits erreicht: Der Bund anerkannte die Grossregion um die Bundesstadt in seinem Raumkonzept als gleichwertig mit den Wirtschaftsräumen Zürich, Basel und Genf/Lausanne. Die Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis gründeten die Hauptstadtregion vor gut einem Jahr zusammen mit rund zwanzig Städten und Regionen, um dies zu erwirken. Denn ursprünglich hatte der Bund nur die wirtschaftlich starken Regionen als «Metropolitanräume» anerkannt.

Nach dieser politischen Anerkennung der Bedeutung des politischen Zentrums für die Schweiz wollte die Hauptstadtregion wissen, wie sie ihre Position wirtschaftlich besser nutzen kann. Gestern präsentierte sie eine Studie der Universität Bern zum «Wertschöpfungssystem» einer Hauptstadt. Das Team um die

Professorin für Wirtschaftsgeografie an der Universität Bern, Heike Mayer, untersuchte sechs andere Hauptstädte - von Berlin/Bonn über Brüssel, Canberra, Ottawa und Washington bis Wien. Das Fazit ist, «dass es eine grosse Palette an wirtschaftspolitischen Massnahmen gibt, die von den ausgewählten Hauptstädten eingesetzt werden». Die Studie zeigt aber auch, dass Bern nur schwer mit den untersuchten anderen Kapiteln vergleichbar ist (siehe Interview rechts unten).

Marktlücke Hauptstadt nutzen

Bisher hat aber noch keine Hauptstadt eine eigentliche wirtschaftliche Hauptstadtstrategie entwickelt. «Bern könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen», schreiben die Forscher, «indem man eine Strategie entwickelt, die die Entwicklung und Stärkung des Wertschöpfungssystems eines Politzentrums als

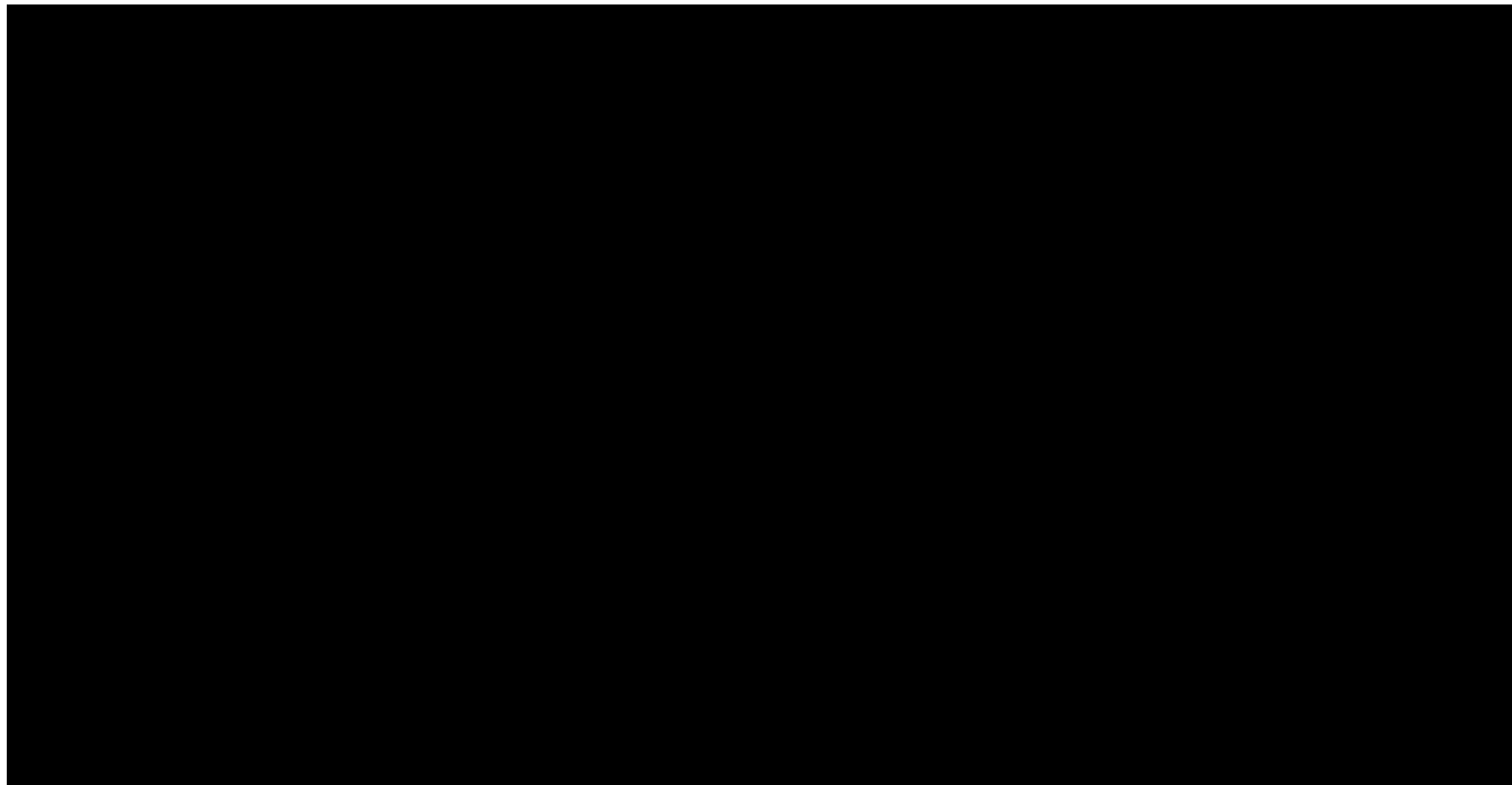
Ziel setzt.» Professorin Mayer wies aber auch auf einen bekannten Nachteil der Hauptstadtregion hin: Nicht nur etliche Bundesinstitutionen wie die Gerichte und die ETH, sondern auch Teile des Politbetriebs befinden sich andernorts im Land. «Viele Medien und Verbände sind in Zürich», sagte Mayer.

Die Forscher empfehlen deshalb, «die hauptstadt-spezifischen Kompetenzen» des Grossraums Bern zu verstärken. So etwa, indem man hier die Politik- und Verwaltungsbildung ausbaut oder zusätzliche Infrastruktur für Tagungen und Kongresse bereitstellt - und auch dafür sorgt, dass hier hochkarätige politische Veranstaltungen stattfinden (siehe Text links unten). Der Berner Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP) forderte gestern, dass neue Bundesinstitutionen nur «im Perimeter der Hauptstadtregion angesiedelt werden». Auf Nachfrage räumte er ein, es gehe eher

darum, eine weitere Abwanderung in andere Regionen zu verhindern.

«Anders als Espace Mittelland»

Die Forscher empfehlen zudem eine «proaktive Wirtschaftspolitik». Was dies konkret bedeutet, konnten die Behördenvertreter gestern noch nicht sagen. Tschäppät empfahl wirtschaftliche Cluster um Bundesämter, so «ein Gesundheitscluster rund um das Bundesamt für Gesundheit und das Inselspital». Weiter sollen die Brückenfunktion zwischen Deutschschweiz und Romandie sowie das Bahnsystem gestärkt werden - denn letztlich soll die ganze Grossregion profitieren. An den einzelnen Projekten müssten sich aber nicht alle Partner beteiligen, sondern nur die jeweils interessierten, betonte Regierungsrat Andreas Rickenbacher (SP). Dies sei der «entscheidende Unterschied» zum gescheiterten Espace Mittelland.



Politzentrum Bern besser nutzen (v.l.): Georg Tobler (Sekretär), Alexander Tschäppät, Andreas Rickenbacher, Claude Nicati (Co-Präsident) und Heike Mayer. Foto: Adrian Moser

Hauptstadtfunktion von Bern

In Bern fehlen hochkarätige Polit-Events

Die Hauptstadtregion will ihre Rolle als politischer Veranstaltungsort stärken - auch mit der Absicht, dass dann Lobbyisten öfter und länger in Bern verweilen.

Hochkarätige politische Veranstaltungen, an denen «tout Bundesbern» teilnehmen müsste, sucht man in Bern vergebens. «Die finden viermal im Jahr während drei Wochen in der Wandelhalle des Bundeshauses statt», betonte zwar gestern der bernische Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher (SP) auf die entsprechende Frage. Ausserhalb der Parlamentssessionen jedoch sind sie rar - und ein Grossanlass, eine Art WEF der Politik, fehlt erst recht. Nicht zufällig fand die Medienkonferenz der Hauptstadtregion gestern im Politforum des Bundes im Käfigturm statt - einem der seltenen öffentlichen Veranstaltungsorte für bundespolitische Themen.

Zwei neue Veranstaltungen im Rahmen der Hauptstadtregion kündete gestern der Berner Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP) an. Am 30. Oktober wird das Swiss Economic Forum (SEF) im Berner Kursaal einen halbtägigen Anlass zum Thema Wirtschaft und Politik durchführen. Und 2013 soll eine gemeinsame Tagung mit den grossen Wirtschaftsregionen stattfinden. Zudem erklärte Tschäppät einmal mehr, dass er das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) dazu bewegen wolle, politische Sendungen in Bern statt in Zürich durch-

zuführen. «Einen nationalen Wahltag, bei dem im Bundeshaus keine Lichter brennen, darf es nicht noch einmal geben», betonte er.

Wie hält man Lobbyisten in Bern?

Beim Thema politische Veranstaltungen geht es keineswegs nur um das Prestige der Bundesstadt, sondern auch sehr direkt um wirtschaftliche Interessen. In der gestern publizierten Studie zum wirtschaftlichen «Wertschöpfungssystem» der Hauptstädte wird denn auch ausdrücklich empfohlen: Bern solle «das Angebot hauptstadt-spezifischer Veranstaltungen und Events verstärken, vor allem in Hinblick auf national und international relevante Themen».

Dies gerade auch damit Lobbyisten und andere Akteure des politischen Systems öfter und länger in Bern verweilen. Zwar sind durchaus viele Lobbys und PR-Firmen in Bern ansässig, weil sie auf die Nähe zu Bundespolitik und -verwaltung angewiesen sind. Andere aber erklärten in den Interviews, welche die Forscher für die erwähnte Studie durchführten, sie müssten keineswegs dauernd in Bern sein. «Wir brauchen nicht eben die Pantoffeldistanz zur Wandelhalle», sagte einer.

Denn es ist sehr einfach, für eine Sitzung oder während der Sessionen im Zug von Zürich nach Bern und am Abend wieder nach Hause zu reisen. Ein Befragter sagte es so: «Klar, für uns ist es etwas aufwendiger, man fährt die Stunde nach Bern. Aber man kann die Stunde auch sehr gut gebrauchen, um die Sitzung vorzubereiten.» (st)

Zur Sache

«Die Anwesenheit des Bundes nutzen»

Frau Mayer, Sie haben untersucht, wie sechs andere Hauptstädte ihre Position wirtschaftlich auswerten. Was kann die Hauptstadtregion von ihnen lernen?

Drei der sechs sind wirtschaftlich sehr dynamisch: Washington, Ottawa und

Heike Mayer

Die Professorin für Wirtschaftsgeografie an der Uni Bern hat für den Verein Hauptstadtregion analysiert, welche Wertschöpfung das Politzentrum Bern für die Wirtschaft der Hauptstadtregion generiert.



Wien. In Washington ist einer der Gründe, dass Staatsaufgaben privatisiert wurden. Dadurch sind zahlreiche Industrien entstanden, die um die Bundesinstitutionen rumschwirren und Aufträge erhalten. Alle drei Hauptstädte setzen zudem auf die Karte Innovation und fördern wirtschaftliche Cluster.

Anders als in Washington gibt es in Bundesbern wenig Privatisierungen und kein Wachstum der Sicherheitsindustrie wegen 9/11 und der Kriege. Natürlich kann man Bern nicht mit Washington vergleichen. Die politische Macht der USA und die Bereitschaft, Kriege zu führen, die gibt es hier nicht. Aber es gibt doch auch hier den Trend, dass der Bund zunehmend private Experten bezieht. Das Beschaffungswesen

des Bundes ist ebenfalls ein wichtiger Faktor. Da müssen wir in der Hauptstadtregion zunächst einmal mehr wissen über die Bedeutung dieser Wirtschaftssektoren: Welche Firmen sind dies, wie gross ist die Beschäftigung? Man darf aber auch die traditionellen Wirtschaftskluster nicht vergessen.

Konkret: Wie kann der Grossraum Bern seine Stellung als Politzentrum wirtschaftlich besser nutzen?

Das Spezielle an dieser Region sind die Bundesämter und -anstalten sowie die regierungsnahen Betriebe wie die SBB, die Post und Swisscom. Rund um diese gibt es Ansatzpunkte, denn sie haben zum Beispiel Forschungslabors oder betreiben E-Government und sind in ihren Bereichen innovativ. Das neue Denken ist, dass man sich genauer fragt, wie man die Anwesenheit der Bundesinstitutionen nutzen kann, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Man muss sich etwa überlegen, was an der Hauptstadtfunktion zum Beispiel für die Beratungsbranche wichtig ist.

Was müsste die Stadt Bern als Erstes tun?

Aus der Sicht der von uns befragten Branchenvertreter ist es wichtig, dass man die Kongress- und Tagungsinfrastruktur ausbaut. Das war vor allem für die Gruppe der verwaltungsnahen Dienstleistungen und des politischen Lobbyings ein zentraler Punkt. Exponenten von Firmen aus dem Bereich Informatikdienstleistungen nannten in den Interviews vor allem den Fachkräftemangel als Problem. Da müsste die Ausbildung verbessert werden. (st)